

Zorn und Enttäuschung

Entscheidung gegen C plus empört Vertreter des Bürgerbegehrens

SOLTAU (mwi). Außer Spesen nichts gewesen? Nachdem der Aufsichtsrat den Umstrukturierungskompromiß C plus in Sachen Heldekreis-Klinikum (HKK) gekippt hat (siehe Artikel auf Seite 1), stellen sich die Vertreter des Bürgerbegehrens diese Frage mit einer Mischung aus Zorn und Enttäuschung. Sie sehen sich nach der jetzigen Entscheidung über den Tisch gezogen und argwöhnen, dies sei möglicherweise von Anfang an so gewollt gewesen.

Zur Erinnerung: Nachdem sich der Kreistag am 28. Januar 2011 für die HKK-Umstrukturierungsvariante C (unter anderem mit Kinderklinik in Walsrode) entschieden hatte, wurde in Soltau ein Bürgerbegehren initiiert, um diesen Kreistagsbeschuß zu kippen und statt dessen mit einem Bürgerentscheid Variante D (unter anderem mit Kinderklinik in Soltau) durchzusetzen. Die dazu erforderlichen rund 12.000 Unterschriften wurden rechtzeitig zusammengetragen, doch zu einem Bürgerentscheid kam es nicht, denn Politik und Vertreter des Bürgerbegehrens einigten sich auf einen Kompromiß. Dies wohl auch deshalb, weil es durchaus fraglich erscheint, ob dieser Bürgerentscheid erfolgreich sein würde.

In besagter Kreistagsitzung votierten 33 Abgeordnete für den Krankenhaus-Kompromiß C plus, fünf stimmten dagegen, zwei enthielten sich. Diesem Beschuß zufolge sollte „am Krankenhaus Soltau eine unselbständige Pädiatrie mit vier Betten vorgehalten“, „deren Betreuung im Tagdienst von Montag bis Freitag durch einen Facharzt und in den übrigen Zeiten durch einen Ärztlichen Anwesenheitsbereitschaftsdienst erfolgen. Für die pflegerische Versorgung wird eine pädiatrische Pflegekraft (24-Stunden-Versorgung) vorgehalten.“

Bereits im Januar 2012 allerdings verkündeten HKK-Aufsichtsratspitze und Geschäftsführung das vorzeitige Ende von C plus (HK berichtete): Die vor allem nächtliche Betreuung der pädiatrischen Betten in Soltau durch Assistenzärzte sei nicht möglich, weil dies nicht für deren Weiterbildung anerkannt werden könne. Der Kreistag solle deshalb in seiner Sitzung Ende Januar seinen C-plus-Beschluß vom September 2011 kassieren. Das tat der Kreistag allerdings nicht: Mit 26 zu 22 Stimmern votier-

te die Mehrheit dafür, „C plus“ zunächst bis zum Jahresende 2012 weiterzuverfolgen. Um die ärztliche Versorgung der Kinder in Soltau rund um die Uhr zu gewährleisten, stellte der Landkreis einmalig 250.000 Euro zur Verfügung. Damit hätten Honorarärzte finanziert werden sollen, um die Zeit bis zu einer abschließenden Überprüfung der Umsetzbarkeit von C plus zu überbrücken.

Weiterer Teil des Kreistagsbeschlusses ist jedoch, daß der HKK-Aufsichtsrat, sollte eine Umsetzung nicht möglich sein, C plus ohne weitere Entscheidung des Kreistages oder der Gesellschafterversammlung kippen kann. Er ist allerdings dann dazu verpflichtet, soviel kinderärztliche Leistungen wie möglich in Soltau vorzuhalten.

Jetzt, nur gut zwei Monate nach besagter Kreistagsitzung, ist die Aufsichtsratsentscheidung gegen C plus gefallen - und damit auch der Kompromiß mit den Vertretern des Bürgerbegehrens begraben worden. Die wiederum sehen sich getäuscht: „C plus ist uns als einzige realistische Kompromißlösung dargestellt worden, und zwar nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus medizinischer Sicht. Der einzige Einwand der damals gemacht wurde: Es sei angesichts des Ärztemangels möglicherweise schwierig, genügend Assistenzärzte zu finden. Nur wegen dieser vorhergesagten Umsetzbarkeit haben wir auf den Bürgerentscheid verzichtet. Ich kann das nicht beweisen, aber ich bin überzeugt davon, daß wir damals fahrlässig oder vorsätzlich getäuscht und vorgeführt worden sind. Ich habe das Gefühl, hier wird konsequent weggeholt, was Variante C im Wege steht“, wertet Bernd Ingendahl, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Soltau und einer der drei Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens.

Auch Mathias Ernst, Kreistagsabgeordneter, Soltau CDU-Ratspierr und seinerzeit Sprecher des Bürgerbegehrens, erinnert sich: „Von einem möglichen Problem bei der Rekrutierung von Assistenzärzten abgesehen haben die Gutachter diesen Kompromiß als umsetzbare Lösung vorgestellt. Sonst hätten wir uns nicht darauf eingelassen.“ Von einer gewissen Pikanterie ist dabei der Umstand, daß Professor Dr. Oliver Rentzsch, der mit seiner jetzigen Ex-



Als der Kompromiß ausgehandelt worden war, zeigten sie noch zufriedene Gesichter: (v.l.) Mathias Ernst, Dr. Christopher Schmidt und Bernd Ingendahl.

pertise der Variante C plus quasi die Daseinsberechtigung abspricht, auch als Experte an der Gestaltung des Kompromisses mitgewirkt hat. Seinerzeit, so Rentzsch, sei es allerdings nur um die ökonomische Machbarkeit gegangen (siehe Seite 1). Diesen Eindruck hatten die Vertreter des Bürgerbegehrens aber offenbar nicht.

So betont Ernst, „die mehr als 13.000 Bürgerinnen und Bürger, die das Bürgerbegehren unterschrieben haben, fühlen sich betrogen, und auch wir fühlen uns betrogen. Unser Vertrauen ist tief erschüttert. Dies ist ein Grund dafür, daß wir drei Soltauer Abgeordneten die CDU-Kreistagsfraktion verlassen haben: Weil wir keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr sehen. Ich habe die Vermutung, daß der Kompromiß nicht umgesetzt werden sollte. Dies ist ein Vertrauensbruch nicht nur gegenüber der Politik, sondern auch gegenüber den Menschen.“

Anders als Aufsichtsratsvorsitzender Hermann Norden sieht Ernst den Kreistag bei der jetzigen Entscheidung gegen C plus nicht ganz außen vor: Da der Kreistag dem Aufsichtsrat aufgegeben habe, im Falle des Scheiterns von C plus eine andere möglichst gute Lösung zu finden,

„muß eine solche Lösung definitiv geprüft werden.“

Mit Enttäuschung reagiert Dr. Christopher Schmidt, Kreistagsfraktionschef der Grünen und seinerzeit ebenfalls einer der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens, „weil ich nicht weiß, inwieweit die Umsetzbarkeit von C plus wirklich genügend geprüft worden ist. Ich habe das Gefühl, daß sich die Geschäftsführung nicht ernsthaft bemüht hat, diesen Kompromiß umzusetzen. Denn als umsetzbar haben ihn die Gutachter im vergangenen Jahr dargestellt.“

Daß es formal in Ordnung sei, wenn der Aufsichtsrat bei seiner jetzigen Entscheidung gegen C plus die Politik nicht eingeschaltet habe, räumt Schmidt zwar ein: „Bei einem so hochsensiblen Thema wäre es allerdings zu erwarten gewesen, im politischen Raum vorher auf eine solche Entscheidung hinzuweisen.“

Bekanntlich ist man hinterher immer schlauer. Und so meint Ingendahl: „Im Rückblick war es ein Fehler, uns auf den Kompromiß einzulassen.“ Und auch Schmidt konstatiert - auch eingedenk des damals hohen Niederlagerisikos: „Im nachhinein denke ich, wir hätten den Bürgerentscheid lieber durchziehen sollen.“